

# Der Streit um die Antisemitismus-Erklärung im Bundestag

oder

Was hat der Reformationstag am 31. Oktober  
mit der Reichspogromnacht vom 9. 11. 1938 zu tun?<sup>1</sup>

**(Ein Wort an die Mitglieder des Deutschen Bundestages)**

von Tristan Abromeit 2. und 3. November 2008

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

## **Text 66.1**

Ein weiteres Wort an die Mitglieder des Deutschen Bundestages

9. November 2008 (und danach)

Anhänge zu 66.1

Text **66.2** / Beschlüsse des Bundestages zum Antisemitismus Mitteilung des BT zur Pogromnacht des 9. November 1938 Bericht vom *FOCUS* zu den Beschlüssen Gemeinsame Erklärung der Bischöfe

Text **66.3** Wulf-Auftritt löst gereizte Debatte aus.  
Kritik vom Zentralrat der Juden und aus der SPD

Text **66.4** Alexander und Margarete Mitscherlich zur Gefahr für die Gedankenfreiheit.  
Welche Solidarität ist nötig ? „Welches Israel unterstützt ihr?“  
Ein Brief an Europäer von Jeff Halperin, Aktivist des Civil Forum in Israel

Text **66.5** Die Unabhängigkeitserklärung der USA Zitate von Thomas Jefferson 1743 – 1826  
Verfasser der Unabhängigkeitserklärung Kleiner Auszug aus und Anmerkung zur dt. Ausgabe  
„Bollwerk der Republik – Eine Biographie der Amerikanischen Verfassung“  
von Burton J. Hendrick

Ford und die Juden von Silvio Gesell

Text **66.6** Markt braucht Moral / Ohne Ethik fährt die Wirtschaft vor die Wand /  
Macht Markt und Moral nach dem 11. September

---

<sup>1</sup> Dieser Untertitel bleibt auf diesen Seiten eine offene Frage und eine Aufforderung an die Leser, sich die Antwort selber zu erarbeiten. Das Judentum, Christentum und die Ökonomie: ein Dreieck.

Sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages!

Liebe Mitleserinnen und -leser!

Am 9. November dieses Jahres habe ich – wie viele andere Menschen in unserem Land – besonders über die schrecklichen Geschehnisse vom 9. November 1938 aber auch über die nicht genutzten Chancen nach dem 9. November 1998 nachgedacht. Ich war aber aus Scham, Trauer und Zorn über das Geschehen emotional nicht in der Lage, meine Gedanken in eine schriftliche Form zu fassen und vor allem wußte ich nicht, wie ich das Thema *Reichspogromnacht* – mit seiner (demokratischen) Vor- und Nachgeschichte angemessen angehen sollte. Auch war ich mir unsicher, ob meine Begabung und mein Wissen für die Bearbeitung dieses komplexen Themas ausreichen. Aber da die Demokratie keine Herrschaftsform der Klugen ist, sondern – der Idee nach – die Herrschaft aller Bürger, gilt immer die Mahnung, sich nicht zu drücken, wenn es unbequem wird. Außerdem scheint mir, daß die Dummheit der Klugen gefährlicher ist als die vermeintliche Klugheit der Dummen. Die Fäuste kommen nicht vor, sondern nach dem jeweiligen Versagen der Köpfe zum Einsatz.

Wenn eine Vertretung des Volkes an der Lösung eines Problems arbeitet, ist immer wieder zu fragen: Ist die Vertretung legal, legitim und ausreichend? Ich setze hier drei Fragezeichen, und gehe auf die Begründung der Fragezeichen nur am Rande meiner Ausführungen ein.

„Ist Gedankenfreiheit für die Bürger unseres Landes zur unabdingbaren Forderung an ihre Gesellschaft geworden?“ fragen Margarete und Alexander Mitscherlich in ihrem Buch „Von der Unfähigkeit zu trauern“ (Text 66.4) In Bezug auf das Thema Juden und Antisemitismus ist das Gegenteil eher richtig, wobei das Wort *Gedankenfreiheit* noch ergänzt werden müßte durch *freie Wortwahl*.

Soweit ich mir ein Bild von den geschichtlichen Abläufen in Bezug auf die Schuld der Deutschen machen konnte, können wir die (demokratische) Weimarer Zeit als die Phase der Vorbereitung oder Ermöglichung der Schuld durch Ignoranz der politischen Klasse und der Sozialwissenschaften (und nur unwesentlich durch den vorhandenen Antisemitismus) klassifizieren. Der geschichtliche Abschnitt des Nationalsozialismus ist dann die Zeit des Handelns in der (nicht tilgbaren) Schuld zu verstehen. Und der von meiner Generation bewußt erlebte geschichtliche Abschnitt nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes ist dann die Zeit des

Schuldigwerdens durch ein vom Schuldkomplex gesteuertes Handeln.

Ich denke , daß meine Aufregung über und meine Einlassung auf das Thema „die Schuld der Deutschen / das Leid der Juden und der Deutschen“ damit zusammenhängt, daß ich die Hoffnung hatte, daß wir die dritte Phase unserer Schuld verlassen hätten und nüchtern als Individuen und als Nation in einer vierten Phase nach der Schuld fragen könnten: „Was ist denn wirklich bei uns abgelaufen?“ „War es nur ein moralisches Versagen?“ „Haben verschrobene Ideologien wirklich die Macht, ein Volk zu Mördern zu machen?“ „Gibt es gruppendynamische Prozesse, die von dem einzelnen Mitglied oder den Gruppen einer Gesellschaft gar nicht gesteuert werden können?“ Und wenn nach schlüssigen, neues Unheil verhindernde Antworten gesucht wird, muß auch die Frage beantwortet werden: „Ist das ‚Dritte Reich‘ (in seiner ganzen gesellschaftlichen Komplexität) in dem grausigen Drama der einzige böse Spieler gewesen?“ Wir werden unserer Verantwortung nicht gerecht, wenn wir unseren Status des guten Deutschen, nur von der Anerkennung der alleinigen, einzigartigen, unvergleichlichen und immer währenden Schuld ableiten. Diese Haltung mag im Schatten der Siegermächte im Nachkriegsdeutschland nützlich gewesen sein. Sie war nach meiner Einschätzung aber schon über Jahre hinweg ein Förderungsprogramm für Nationalismus und Antisemitismus. Die Wirkung dieser Haltung wird sich in der Zukunft durch das Aussterben von Zeitzeugen noch verstärken. Die Frage, die wir uns Deutschen heute mehr denn je stellen müssen, ist: „Wie verhalten wir uns richtig, damit wir uns keine weitere Schuld auf die Schultern laden? Wir können nicht mit den Riegeln „Du darfst keine Geschichtsrevision betreiben und die Vorgänge nicht relativieren!“ die Vergangenheit und unsere Einstellungen konservieren und gleichzeitig auf Erkenntnisse hoffen, die uns helfen, Fehler der Vergangenheit in der Zukunft zu vermeiden. Jegliches Forschen – egal auf welchem Gebiet – macht – sofern es Ergebnisse zeigt – eine Revision des Standes der Wissenschaft erforderlich. Und ein Forschen ist nicht möglich, wenn Dinge, Fakten und Vorgänge nicht in ein Verhältnis, in Relationen, zueinander gesetzt werden. Mir scheint, das Wort relativieren im Sinne von verharmlosen ist ein Werkzeug der politischen Alltagssprache, mit der die Mäuler gestopft werden sollen. In jedem Fall wirken Denkverbote in der politischen Mitte als Förderprogramme der politischen Extreme.

Jeff Halperin , Aktivist des Civil Forum in Israel fragt die Europäer (Text 66.4):

Der Nahe Osten war in der Menschheitsgeschichte immer ein Brennpunkt schicksals-

entscheidender Ereignisse. Das Land Israel oder Palästina - egal wie wir es nennen - liegt im Herzen des Nahen Ostens. Jeder auf der Welt, ob Jude, Moslem oder etwas anderes, muss die Ereignisse im Nahen Osten, besonders in Israel-Palästina, aufmerksam betrachten.

*Die Entscheidung, die er treffen muss, ist nicht „für Israel“ oder „gegen Israel“; vielmehr, welches Israel unterstützt er: ist es das besetzende, kolonialistische und rassistische Israel oder das demokratische, patriotische und den Frieden suchende Israel, das sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen und innerhalb seiner Grenzen alle Formen aus zionistischer Ideologie stammenden Diskriminierung löschen will ?*

Und ich frage:

- a) Sollen die Juden in Deutschland eine wohlgeleitete und die Gesamtgesellschaft erneut bereichernde, ihre Identität bewahrende, gleichwertige und gleichberechtigte Minderheit in Deutschland werden oder sollen sie ein Stachel in der Wunde der deutschen Schuld bleiben, der sich jederzeit für politische oder materielle Zwecke aktivieren läßt? Die Wahl des zweiten Weges führt verschlungen in die böse Vergangenheit zurück. Die Wahl des ersten Weges erfordert eine andere Behandlung des Themas, als die, die uns der Bundestag aktuell präsentiert hat.
- b) Was können wir Deutsche tun, damit die Wunden, die wir ohne zwingenden Grund dem palästinensischen Volk geschlagen haben, heilen können?
- c) Was können wir Deutschen tun, damit das Pulverfaß Naher Osten gewandelt wird zu einem Ort des biblischen Paradieses?

Mich bedrückten vor allem die im Umfeld vom 9. November d. J. die gezeigten und beschriebenen Bilder von den geplünderten Geschäften und den brennenden Synagogen. Aber schon an dieser Stelle darf man nicht vergessen, daß im Nazi-Deutschland nicht nur die Juden Opfer waren, sondern auch andere Minderheiten.<sup>2</sup> Auch die Täter waren Opfer, Opfer von Fehlinformationen und einer falschen Erziehung, die den Widerspruch vernachlässigte. Die Fehlinformationen, daß die Juden an allem Elend schuld sind, hätten von den Demokraten der Vor-Hitler-Zeit leicht korrigiert werden können, wenn sie intellektuell wacher und weniger in

---

2 Zigeuner, Homosexuelle und Geisteskranke. Als ich im Januar 1934 geboren wurde, hat man meine Mutter und mich an verschiedene Orte gebracht, damit wir für die Öffentlichkeit nicht sichtbar waren. Meine Mutter war nach einer schweren Geburt in eine Schwangerschaftspsychose gefallen und die Familie hatte Angst, daß sie (und auch ich ?) von den Nazis kassiert würde(n). Den Vorgang konnte ich nicht eindeutig klären, weil er mich erst interessiert hat, als die Zeitzeugen schon gestorben waren. Ich will mich auch nicht als Opfer hinstellen, sondern nur dokumentieren, daß ich ein unmittelbares Interesse an dem Thema habe.

Ideologien befangen gewesen wären. Die Masse der Deutschen ist nach meiner Einsicht damals von den mehr oder weniger demokratischen Führern<sup>3</sup> in die Täterrolle unter „*dem Führer*“ hinein getrieben worden. Und eine Neubesetzung dieser Täterrolle durch die Deutschen wird nicht durch Denkverbote und Tradierung des Bildes vom Nazi, der in jedem Deutschen stecken soll, erreicht, sondern nur durch radikale Aufklärung und dadurch, daß die Mehrheit die Minderheiten als Bereicherung und nicht als gefühlte (oder tatsächliche) Bedrohung erleben können.

Am 4. November (d.J.) hatte ich meinen Text 66.0 (Der Streit ...) per E-Mail-Anhang an die Bundestagsfraktionen gesandt. Ich war davon ausgegangen, daß die Abstimmung über die Erklärung des Bundestages zum Antisemitismus erst Tage später erfolgen würde. Als ich dann gegen Abend die Nachricht von der Abstimmung des Bundestages im Reichstag hörte, war mir richtig flau im Magen, nicht nur, weil ich daß Gefühl hatte, mich vergeblich bemüht zu haben und zu spät gekommen zu sein<sup>4</sup>, sondern auch, weil der Widerspruch zwischen meiner Auffassung und der des Bundestages deutlich wurde. Dabei habe ich durchaus auch das Bedürfnis, einmal im Strom der Zustimmung der Mehrheit zu schwimmen. Außerdem: Auch den Abweichler von der Mehrheitsmeinung kann ja durchaus das Gefühl beschleichen, er irre sich, die Mehrheit hätte wahrscheinlich recht. Aber nach mehrmaliger Prüfung der vorliegenden Dokumente komme ich zu dem Schluß, daß der Bundestag bei erkennbarem guten Willen zur Bekämpfung des Antisemitismus statt ein Abbauprogramm ein Förderungsprogramm beschlossen hat.

Die Herabsetzung, Entwürdigung, Vertreibung und Ermordung von Juden unter der Hakenkreuzfahne war ein Mißbrauch des Staates als Organisationseinheit der Gesellschaft. Aber die Überhöhung der Juden als Opfer über andere Menschen bietet keinen wirklichen Schutz, kann eine untilgbare Schuld nicht tilgen und ist letztlich wieder ein Mißbrauch des Staates. Auch wenn man zu dem Schluß kommt, daß staatliche Strukturen für die Gesellschaften von heute unverzichtbar sind, kann nicht übersehen werden, daß das Monopol des Staates auf Gewalt immer wieder viel verheerendere Wirkungen hat als das Faustrecht. Der Fluch der Deutschen war, daß der Fortschritt in der Organisation des Staates größer war, als der Fortschritt des Wi-

---

3 Damals gab es keine Sprecher (oder ähnliche Bezeichnungen) der Parteien und Verbände, sondern *Führer*.

4 Vom spontanen Eindruck befreit, sage ich mir aber: Man kann beim Bundestag als gewünschter Ansprechpartner gar nicht zu spät kommen, weil er gar nicht in der Lage ist, außerhalb eingespielter Kanäle Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten.

derstandswillens und -rechtes des Bürgers gegen den Staat. <sup>5</sup> (Und machen wir uns doch nichts vor: Das ist immer noch so! Und die Schwäche des Bürger wird besonders dann deutlich, wenn sein Widerstand wie bei den 68ern falsch programmiert ist.)

Meine These vom Förderprogramm für den Antisemitismus statt eines Abbauprogrammes durch den Bundestag auf wenige (oder auch auf viele) Seiten zu begründen ist nicht einfach, weil ich nicht nur auf logische Schlüsse zurückgreife sondern mich in meinen Ausführungen auch von meiner Intuition führen lasse.

Wer überhaupt verwertbare Aussagen zu dem Themenkomplex *Nationalsozialismus und die Folgen* machen will, muß zudem die Empfindlichkeiten ignorieren und Sprachregelungen beiseite lassen und in Kauf nehmen „fertig gemacht“ zu werden. <sup>6</sup> Ich selber bewege mich hier inhaltlich ja nur auf dem relativ schwach verminten Gebiet der Vor- und Nach-Hitler-Zeit. Da vermutlich ein Leben als hauptberuflicher Erforscher des Nationalsozialismus nicht ausreicht, um alle Fakten zu erfassen und zu einem ausgewogenen Urteil zu kommen, ist die gesetzliche Fixierung einer bestimmten Sicht eine Verhöhnung der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit. Auch hier hätte der Gesetzgeber mehr Weisheit zeigen können. Der Irrtum und auch die Verleugnung fördern als Impresario die Wahrheit mehr als gesetzlich gefaßte Denkverbote.

Für mich sehe ich dabei gar keine Unterschiede in der Bewertung der Unmenschlichkeit unter dem Hakenkreuz zwischen den Mitgliedern des Bundestages und mir, sondern nur in der Benennung und Bewertung der Ursachen und der erforderlichen Verarbeitung der Schuld danach. Mir liegen folgende Unterlagen vor:

Beschlüsse des Bundestages zum Antisemitismus Mitteilung des BT zur Pogromnacht des 9. November 1938 CDU: Linke kein Partner im Kampf gegen Antisemitismus Bericht vom *FOCUS* zu den Beschlüssen Gemeinsame Erklärung der Bischöfe

(Text 66.2)

- 
- 5 Ein System von Stammesfürsten oder auch räuberischer Banden hätte – bei gleicher Gesinnung der Täter wie bei den Nazis - nie die große Zahl von Opfern verursachen können wie der moderne Staat unter Hitler.
- 6 Die Angst, seine Familie zu gefährden, sein Amt oder seinen Job zu verlieren oder die Sache zu beschädigen, für die man steht, wenn man sich nicht auf die vorgegebene Wortwahl auf das Thema *Juden* einläßt, ist ein Alarmzeichen, das anzeigt, daß unsere Meinungsfreiheit stark gefährdet ist. Außerdem ist diese künstlich erzeugte Angst eine der Quellen des stillen Antisemitismus bei uns.

Protokoll der 185. Sitzung des Deutschen Bundestages.

(siehe: <http://drucksachen.bundestag.de/drucksachen/index.php>)

Berichte der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (Text 66.3) und weitere im jeweiligen Text benannte Quellen.

Ich greife einzelne Stichworte aus den Dokumenten auf, um durch eine Erörterung meine Kritik am Sachverhalt zu verdeutlichen. Aber vorweg noch ein paar generelle Anmerkungen:

Die Aussage „Es gibt keine Kollektivschuld!“ wird in dem Moment zur Lüge, wenn de fakto die Aussage folgt: „Aber zahlen müßt ihr alle!“ und „Das ihr Euch auf ewig schuldig fühlt, dafür werden wir sorgen!“ „Die Gleichheit der Deutschen wird im Verhältnis zur Gleichheit der Mitglieder anderer Nationen immer mit einem Minuszeichen versehen sein!“

Und obwohl die Wahl von Barack Obama als ein Sieg der Gleichheit der Menschen gefeiert wurde, sind in der Politik der BRD Juden<sup>7</sup> jene Menschen, die etwas gleicher sind als andere Menschen und besonders als solche, die sich Deutsche nennen. Es ist ein großer qualitativer Unterschied, ob eine besondere Gruppe von Menschen als Minderheit durch bürgerschaftliches Engagement oder als Akt der Nächstenliebe gefördert wird oder ob der demokratische Staat fürstliche Allüren entwickelt und von den einen Bürgern nimmt, um es den anderen (minus Umverteilungskosten) zu geben. Dabei wäre es doch die Aufgabe des Parlamentes, die Gesellschaft so zu gestalten, daß sich jeder Mensch (oder Gruppen von Menschen) selber durch eigene Arbeit helfen könnte(n), egal ob es sich um Juden, Zigeuner (Sinti und Roma)<sup>8</sup> oder Opelmitarbeiter handelt.

Eine Politik, die davon ausgeht, daß die heute lebenden Juden größere Opfer der Geschichte sind als die heute lebenden Nichtjuden, und wer die KZ-Opfer und Brandbombenopfer in unschuldig Leidende und schuldig leidende klassifiziert, der vergiftet das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden erneut.

### **Zu den Drucksachen „... Kampf gegen Antisemitismus ...“ des Dt. Bundestages**

#### **– allgemeine Anmerkungen –**

Die erste Frage, die sich mir hier stellt, ist folgende: „Wie frei waren die Mitglieder des Deut-

---

7 Ich vergesse bei der Benutzung dieses Sammelbegriffes nicht, daß es Menschen mit sehr unterschiedlichen Fähigkeiten und Einstellungen sind, bei denen ich z. B. mit Darlegungen auf Widerspruch und Zustimmung stoßen werde.

8 Gute Informationen zum Thema Sinti, Roma und Minderheiten liefert Martha Verdorfer unter „UNBEKANNTES VOLK - SINTI UND ROMA“, Texte zum Kennenlernen, Informationsheft für Jugendliche / Gesellschaft für bedrohte Völker - Südtirol, 1995 <http://www.gfbv.it/3dossier/sinti-rom/de/rom-de.html#r3>

schen Bundestages bei ihrer Abstimmung, wenn man bedenkt, daß ein Nein das Risikos eines Rauschmisses aus der Fraktion und damit einen Riegel für den Wiedereinzug in den nächsten Bundestag bedeutet hätte? Ein Beispiel dafür ist *Martin Hohmann* <sup>9</sup>

Von den 612 Mitgliedern des Deutschen Bundestages fehlten lt. Protokoll 63 Mitglieder entschuldigt. 11 Mitglieder der Fraktion der Linken stimmten nicht mit ab, weil der Antrag ein schlechter Kompromiß und sein Zustandekommen skandalös sei. Mit einer Gegenstimme wurde der identische Doppel-Antrag dann angenommen. Wem die Gegenstimme gehört und ob diese sich artikulieren konnte, ist nicht ersichtlich. Über die Frage, ob unter den 63 abwesenden Mitgliedern solche waren, die einfach für sich diese Abstimmung vermeiden wollten, kann man nur spekulieren. Aber auch bei diesem Vorgang mit den zwei gleichlautenden Anträgen, die in einer Abstimmung verabschiedet wurden, stellt sich wieder die Frage nach dem Sinn der Kartellierung des Bundestages mittels Fraktionen entsprechend der Parteizugehörigkeit seiner Mitglieder. Kartelle sind nicht nur im wirtschaftlichen Wettbewerb hinderlich bis schädlich, sondern auch im politischen. In jedem Fall wäre der Bundestag freier und lebendiger, wenn die Regierung getrennt von ihm in direkter Wahl gewählt würde. Die Mehrheit des Bundestages wäre nicht mehr nur eine Legitimationsmaschine für die Exekutive.

9 Martin Hohmann wurde wegen seiner Rede zum Nationalfeiertag, 3. Oktober 2003 erst aus der CDU-Fraktion, dann aus der Partei ausgeschlossen. Der Wortlaut der Rede von MdB Martin Hohmann zum Nationalfeiertag ist zu finden unter: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/15/15981/1.html>  
Auf eine Gegenposition von Andrea Livnat "Gerechtigkeit für Deutschland" vom 31.10.2003 wird dort verwiesen.

Ich habe erst jetzt die Rede Hohmanns gelesen. Seine Rede wäre nicht meine Rede gewesen. Aber diejenigen, die Hohmann wegen dieser Rede aus den Ämtern gedrängt haben, haben einen Sabotageakt auf unser Verständnis von einer freien Gesellschaft begangen und indirekt den Antisemitismus gefördert, weil der Vorgang als geheime Herrschaft der Juden verstanden wird. Dabei deckt sich Hohmanns Aussage im ersten Teil seiner Rede mit den Aussagen von Professor Ludwig Freund (ein deutscher Jude), die ich in meinem Text 66.0 auf Seite 13 f. zitiert habe. Und die nachfolgend zitierte Frage von Hohmann ist doch voll berechtigt: „Gibt es auch beim jüdischen Volk, das wir ausschließlich in der Opferrolle wahrnehmen, eine dunkle Seite in der neueren Geschichte oder waren Juden ausschließlich die Opfer, die Leidtragenden?“ Der Mensch, also auch der Jude – der überleben will – ist gezwungen zu handeln. Den Akt des Handelns nennen wir Handlung oder Tat. Es gibt also gar keine Menschen, die keine Täter sind. Ob die Taten etwas Gutes bewirken oder Opfer „produzieren“, läßt sich häufig erst im Nachhinein feststellen. Ob nun den Juden, die den Bolschewismus, den Sowjet-Sozialismus und damit den Stalinismus gefördert haben, ein Vorwurf daraus gemacht werden kann, hängt doch davon ab, ob sie im Voraus die Wirkungen dieser (bösen) Tat sehen konnten oder nicht. Aber das gilt auch für Förderer des Nationalsozialismus in seiner Entstehungszeit. Hohmann zitiert dann eine Frauenforscherin: "Ich bin damit groß geworden, daß ein jüdischer Mensch sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt, progressiv und sozialistisch ist. Sozialismus war unsere Religion." Wenn die soziale Gerechtigkeit Religion der Juden ist, dann kann ja nicht der Kapitalismus – der eine ständige Ungerechtigkeit ist – die Religion der Juden sein. Und trotzdem gibt es unter den Juden solche, die hervorragend auf dem kapitalistischen Klavier spielen. Das Hohmann auf Henry Ford als Zeuge für die Juden als Täter eingeht, ist ein Fehler, weil Ford (und viele seiner Zeitgenossen) wie weit vorher auch Martin Luther die Juden nach dem Augenschein beurteilt und nicht die (unpersönlichen) Systemfehler sieht. Hohmann verweist auch auf die Mitwirkung von Juden in der Münchener Räterepublik, dort war auch meine Orientierungsgröße Silvio Gesell Mitwirker. Wie dieser den Antisemitismus von Ford beurteilt, ist im Anhang 4 (Text 66.5) zu lesen.

„**Linke kein Partner im Kampf gegen Antisemitismus**“ lautet die Überschrift der Pressemitteilung vom 5. 11. 2008 (22.10. 08) von Kristine Köhler und Dr. Hans-Peter Uhl. Dieses Schreiben soll verdeutlichen, warum die CDU-Fraktion nicht zusammen mit der Fraktion der Linken über die Resolution zum Antisemitismus abstimmen will oder kann. Auf die einzelnen Vorwürfe, die aufgrund einer Quasi-Gleichsetzung von der nicht mehr bestehenden SED und der Linken gemacht werden, will ich hier nicht eingehen. Man könnte die Fragen auch spiegelbildlich an die CDU stellen. Ich will hier etwas anderes durch Fragen anreißen:

1. Muß ein Mitglied einer Partei, das aus der Partei austritt oder die Partei wechselt, sich alles anrechnen lassen, was unter und außerhalb seiner Mitwirkung in der Ursprungspartei beschlossen und initiiert wurde?
2. Muß eine neue Partei, deren Mitglieder sich zum Teil aus einer aufgelösten Partei rekrutieren, sich die Inhalte und Taten der aufgelösten Partei anlasten lassen?<sup>10</sup>
3. Die Verweigerung eines gemeinsamen Beschlusses der CDU-Fraktion mit der Linksfraktion kommt praktisch einem befristeten Ausschluß einer ganzen Fraktion aus dem Bundestag gleich. Es ist also eine Steigerung vom Ausschluß einzelner Mitglieder aus der Fraktion (und damit aus dem Bundestag nach der folgenden Wahl). Müssen wir jetzt damit rechnen, daß auch so über Gesetzesvorlagen abgestimmt wird?

Zur Drucksache 16/10775 und „... Kampf gegen Antisemitismus ...“ 185. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. November 2008

- 1) Im ersten Absatz ist zu lesen: „Der Aufschwung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Deutschland ist ein Grund zu großer Freude.“ Das wäre es in der Tat, wenn nicht die Politik der ganzen Entwicklung dem Beigeschmack der gekauften Freude verleihen würde. Mir ist der Vergleich gekommen, in dem unser Staat wie ein Mann auftritt, der nicht in der Lage ist, die Liebe einer Frau für sich zu wecken und daher ins Bordell gehen muß. Das empfinde ich als zusätzliche Herabsetzung der jüdischen Deutschen, die durch die Jahrhunderte unser Volk durch ihre Leistungen bereichert haben.
- 2) Im zweiten Absatz wird aufgezählt wie der Bund jüdisches Leben in Deutschland fördert. Insbesondere wird der Staatsvertrag zwischen dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem Bund hervorgehoben. Dieser Vertrag soll sicher ein Zeichen des

<sup>10</sup> In der Presse las ich, daß untersucht wird, wie viel Mitglieder des Niedersächsischen Landtages durch die Mitgliedschaft in der NSDAP belastet sind bzw. waren.

guten Willens seitens der Exekutive und Legislative sein. Er wird aber letztlich den Antisemitismus fördern. Er schafft in einer Welt, die sich um (rechtliche) Gleichheit der Ethnien und der Menschen allgemein bemüht, wieder Ungleichheit. Dieser Vertrag – soweit ich es gesehen habe, ist er ohne Kündigungsklausel – diskriminiert alle nicht-jüdischen religiösen und ethnischen Minderheiten und alle Verbände mit wirtschaftlichen Interessen, die nicht einen entsprechenden Staatsvertrag erhalten. Die Ausstattung aller „gleichberechtigter“ Gruppen würde aber den Staat überfordern und die Idee von einer freien Gesellschaft noch mehr sabotieren, als es der politische Alltag schon tut. Auch an dieser Stelle: Der liberale Rechtsstaat ist kein Fürst, der nach Gutdünken irgendwelchen Begünstigten seine Schatulle öffnen kann. Wer meint, daß das Gegenteil richtig ist, nähert sich immer mehr dem Modell des Nazi- oder SED-Staates.

- 3) Der dritte Absatz wird wie folgt eingeleitet: „Trotz dieser Fortschritte ist Antisemitismus noch immer ein ernst zu nehmendes gesellschaftliches Problem in Deutschland, ...“ und der vierte Absatz lautet: „Grund zur Sorge gibt, dass Antisemitismus in allen Schichten der Bevölkerung zu finden ist. Oft geht er mit Antiamerikanismus und Antizionismus einher.“ Mich wundert, daß der Antisemitismus bei uns nicht größer ist, denn die Haltung der Politik der BRD gegenüber jüdischen Verbänden und dem Staat Israel war doch bis heute ein regelrechtes Förderprogramm für Antisemitismus. Da wird auf der einen Seite bei jeder Gelegenheit gesagt, daß es keine Kollektivschuld gibt, aber bei noch mehr Gelegenheiten wird zum Ausdruck gebracht, daß die Deutschen nach dem Untergang des Nationalsozialismus alle zu zahlen haben und sich schuldig fühlen müssen. Die Übeltaten der Väter und Großväter der heutigen Deutschen hätten eben eine Tributpflicht der nachrückenden Generationen gegenüber allen Juden in der Welt begründet. Unter diesen Umständen kann man den stillen und lauten Antisemitismus nur ganz bedingt der Tradierung aus der Naziherrschaft und der Importierung aus anderen Ländern zurechnen. Ich denke in dem Antisemitismus der Deutschen von heute kommt weniger eine Abneigung gegen Juden zum Ausdruck als vielmehr ein Groll gegenüber ihrem Staat, der nicht die einfachsten Bedingungen für eine soziale Gerechtigkeit mit einer sich abbauenden Bürokratisierung zustande bringt, aber ihnen ständig neue Lasten auflegt und ihnen vermittelt, sie seien aufgrund der deutschen Vergangenheit eben Menschen mit einem Minuszeichen. Unabhängig von diesen Überlegungen ist der Antisemitismus der einzige mögliche dauerhafte Widerspruch gegen ein ideologisch (und nicht rationales und auch nicht wirklich humanes)

begründetes Verhältnis zwischen nichtjüdischen Deutschen und jüdischen Deutschen und Deutschen und Israelis. Das macht den Antisemitismus nicht sympathischer, aber verständlicher und ist die Aufforderung, nach Formen der differenzierten Kritik und des Zuspruchs von Juden (als Israelis, Zionisten und Mitbürger allgemein), Israelis und Zionisten zu suchen. Die offizielle Politik verhindert diese Differenzierung - wie sie die Differenzierung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus verhindert – um das Schlechte mit dem Guten verteidigen zu können. (Das ist Antiaufklärung!)

- 4) Der fünfte Absatz ist eine besondere Fehlleistung des Bundestages. Er beginnt mit: „Die Solidarität mit Israel ist ein unaufgebbarer Teil der deutschen Staatsräson.“ Dieser Satz ist ein Verrat der Demokratie. Denn diejenigen, die den Begriff *Staatsräson* verwenden, um eine Haltung oder ein Vorhaben zu sanktionieren, führen eine Gesetzgebungsebene über dem Volk (und seine Vertretung im Parlament) irgendwo unterhalb oder oberhalb eines geglaubten Gottes ein. Das unser Verfassungsschutz bei der Verwendung dieses Begriffes durch den Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder, durch unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und jetzt durch das ganze Parlament nicht interveniert, zeigt, daß diese Organisation nur ein Spitzeldienst für den Machterhalt der Staatsbesetzer ist. Das klingt hart, ist aber nicht abwertend gemeint und soll nur darauf hinweisen, daß ich nicht vergessen habe, daß die politische Klasse im Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Republiken das Volk um das Verfassungsgebungsrecht betrogen hat.<sup>11 12</sup> Der ganze Absatz wirkt wie eine Aufforderung, den Staat Israel und

---

11 Und als Gründungsmitglied der GRÜNEN kann ich dafür in Mithaftung genommen werden, ob wohl meine Klage dagegen vom Bundesverfassungsgericht aus formalen Gründen abgelehnt worden ist.

12 Zum Begriff *Staatsräson* fand ich folgenden Eintrag im Netz:

**Innere Einheit - Innere Sicherheit / Über Lebenslust und Staatsräson der Bundesrepublik**

von Marcus Hawel

... Staatsräson? Was ist eigentlich mit diesem Wort gemeint, mit dem sofort nach Art einer magischen Wunderwaffe jeder Widerspruch verhallen soll? Wo steht, was für ewig, d.h. also auch unabhängig von dem politischen Willen aller Einzelnen, Staatsräson sein soll? Die Einheit der Deutschen galt etwa in der Bundesrepublik als Bestandteil der Staatsräson; deshalb gab es auch keine plebiszitäre Anhörung der Bürger diesbezüglich. Es sollte zusammenwachsen, was zusammengehört. - Staatsräson als Totschlagargument der höheren Gewalt: ein unantastbares, unanfechtbares Schicksal. Vor keiner gerichtlichen Instanz ist die bestimmte Negation der Staatsräson einklagbar. Die Staatsräson hat immer recht. Beinahe ist es wie mit Gott im Mittelalter oder der Partei im Stalinismus, deren Lehren einzig von der Priester- bzw. Kaderkaste ausgelegt wurden. - Die Staatsräson wird von der staatstragenden Elite von Amtswegen zum Sprechen gebracht. - Um so mehr, je weniger die Politiker in einem autoritärer werdenden Staat zur Rechtfertigung ihrer Entscheidungen gegenüber dem Volk genötigt sind. Wer der Staatsräson widerspricht, kann sich nach Ansicht einiger Politiker sogar des Landesverrats moralisch schuldig machen. (Nur noch moralisch, denn 1977 ist lange vorbei.) Aber was die Geschichte will, sollen die Menschen nicht verhindern, denn sie sind in bestimmten Augenblicken *historische Individuen* - so etwa im Herbst 1989, als der Weltgeist in Leipzig, Dresden und in Ost-Berlin die Nachkriegsgeschichte beendete; oder einige Monate später, als der Weltgeist auf dem innerdeutschen Streckennetz im ICE saß: freie Fahrt für freie Bürger und für das ganze Volk zum halben Preis.

"Nach über 40 Jahren der Trennung müssen sich beide Teile mit dem vereinten Deutschland identifizieren können. Sie sollten also den nachhaltigen Willen zur Einheit haben, das Eins-sein-Wollen als Nation, das Nicht-zurück-wollen in die Teilung, das republikanische *plébiscite de tous les jours*, das eine Nation seit der Französi-

seine Politik kritiklos hinzunehmen und die Politik und Aktionen der Palästinenser kritiklos zu verteufeln. Das kann aber nicht die Aufgabe der Deutschen von heute sein, nachdem die Deutschen von gestern, den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern maßgeblich verursacht haben. Wenn man dann noch bedenkt, daß Verlautbarungen des Zentralrates der Juden in der Presse so klingen, als sei der Zentralrat eine Instanz über den Bundespräsidenten oder dem Bundesverfassungsgericht oder spreche er gar als Statthalter Israels, dann muß man sich nicht über einen wachsenden Antisemitismus wundern. (Die HAZ versucht neuerdings dämpfend zu berichten. Siehe Anhang.)

- 5) Im achten Absatz wird gesagt, daß bei der Bekämpfung des Antisemitismus den Lehrplänen der Schulen eine besondere Beachtung zukommt. Hier wird mal wieder deutlich, daß den Mitgliedern des Bundestages gar nicht der Widerspruch zwischen der Freiheit und des Rechtes des Bürgers, sich sein Weltbild selber zu zimmern und dem Anspruch des Staates das Weltbild des Bürgers formen zu dürfen, bewußt ist. Was da gefordert und empfohlen wird, ist die (nur verfeinerte) Methode der Nazis mit umgekehrter Zielrichtung. (Aber das bessere Ziel macht das Verfahren und das zu erwartende Ergebnis noch nicht gut.)
- 6) "Darüber hinaus ist es von außerordentlicher Bedeutung, umfassende Kenntnisse über die Funktionsbedingungen unserer Demokratie zu vermitteln." ... Die Funktionsbedingungen zu lernen und zu verstehen genügt nicht, dieser Vorgang kann - wenn er nicht ergänzt wird durch die Möglichkeit der Teilhabe und Mitgestaltung politischer Institutionen und Prozesse - sogar die Abkehr von der Demokratie bewirken.  
  
"Es ist nicht so, daß man den demokratischen Staatsgedanken ablehnte wie weitgehend während der Weimarer Republik. Man kann aber auch wenig mit

---

schen Revolution ausmacht."

Auch das *Eins-sein-Wollen*, das *Nicht-zurück-wollen in die Teilung*, soll also nach Ansicht des Politikwissenschaftlers Veen zur Staatsräson gehören. Nebenbei ist die Nation ein *tägliches Plebiszit* - ist das nicht ein heftiger Widerspruch?

Eine Staatsräson, die sich in bestimmten Inhalten immun gegen den Willen der Bevölkerung macht und sich dabei auf höhere Gewalt beruft, ist alles andere als demokratisch. In dem *Willen der Nation* als nicht anfechtbare Bedingung für die *innere Einheit* macht sich die offene und latente Gewalt als Zwangsverhältnis geltend: Die Nation als unabdingbare Schicksalsgemeinschaft und darin überhaupt nicht *tägliches Plebiszit*: Die Subsumtion der einzelnen Individuen unter die Einheit der Nation geschieht automatisch - darin steckt Unterwerfung mit Hilfe der Gewalt des Staates. Selbst dort, wo die Subsumtion aus freiem Willen zugelassen wird, ging dem eine Verinnerlichung des Zwangsverhältnisses, d.h. der Gewalt, voraus. Ohne das alles ist es jedenfalls kaum möglich, daß ein Gefühl der Zusammengehörigkeit - egal ob es erhebend ist oder nüchtern bleibt -, ein nationales "Wir" entsteht. ...

<http://www.sopos.org/aufsaeetze/3b2a843f7a7e0/1.phtml>

ihm anfangen, weil man ihn, psychologisch gesprochen, nicht libidinös zu besetzen versteht." So schreiben Alexander und Margarete Mitscherlich in "Die Unfähigkeit zu trauern". (Siehe Anhang). Sie verweisen aber auf die mangelnde Teilhabe der Menschen in den heutigen Strukturen. Und in der Tat ist es ja so, daß die Mitglieder unserer Verfassungsorgane und auch der Parteien offenbar nicht wahrnehmen, daß sie unserer Gesellschaft immer mehr bürokratisch-totalitäre Strukturen verpassen, in denen der einzelne Bürger keine Freiheit mehr hat für eigene Entscheidungen und das eigene Gestalten seiner Verhältnisse. Dabei ist alles in der Idee der dezentralen Gesellschaftsordnung angelegt und beschrieben. Die Probleme, die wir haben, rühren daher, daß das politische Handeln auf den Tageserfolg ausgerichtet ist, wie das Handeln der Kapitalanleger auf die kurzfristig erzielbare Rendite. Mir fällt in diesem Zusammenhang die Tempelreinigung<sup>13</sup> ein. Einen entsprechenden Vorgang müßte es auch für unsere Parlamente geben.

- 7) Im 10. Absatz wird mit den Worten der Bundeskanzlerin Dr. Merkel mit der Ächtung des Antisemitismus auch die der Gewalt gefordert. Das hört sich gut an, ist auch erforderlich, bleibt aber oberflächlich, wenn es nur eine Aufforderung an die Bürger ist, sich brav zu verhalten. Wer bei dem Ruf nach Gewaltverzicht die Gewalt des Staates mit dem Militär, dem Polizeiapparat und seinen bürokratischen und ökonomischen Strukturen nicht mit einbezieht, ist nur propagandistisch tätig. Auch der Staat als reine Rechtsgemeinschaft wird nicht ohne Gewalt auskommen, aber reduzieren läßt sich die staatliche Gewalt durch seine Optimierung auf Gewährleistung von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit durchaus. Franz Oppenheimer fällt mir dabei ein: Er sagt sinngemäß: Auch der Verfassungsstaat ist noch ein Klassenstaat. Die Gesellschaft der Freien ist erst möglich, wenn der Klassenstaat mit seiner politischen Ökonomie überwunden ist und die reine Ökonomie zum Zuge kommt. Staatliche Gewalt mit Polizei, Geheimdiensten und Androhung von Freiheitsentzug kann individuelle Gewalt nur ganz bedingt verhindern oder abbauen. Daß was wirklich hilft, aber nicht einfach zu haben ist, sind gesellschaftliche Strukturen in und mit denen die Menschen friedlich leben können. Der Reichstag ist kein Ort, der entsprechende Signale sendet. Außerdem: Fördern die heißen und kalten Konflikte in der Welt nicht auch die deutsche Rüstungsindustrie mit ihren Renditeansprüchen und dem Versprechen Arbeitsplätze zu erhalten oder zu schaffen? Hört noch jemand die Rufe aus der Vergangenheit: „Nie wie-

---

13 <http://de.wikipedia.org/wiki/Tempelreinigung>

der Krieg!“ „Nie wieder Rüstung!“ Und wie soll ein junger Mensch begreifen, daß die Ausbildung zur Gewalt bei der Bundeswehr gut sein soll und die Teilnahme an einem Ausbildungslager der Taliban oder Al Quaida ein Teufelswerk? Man kann den nachwachsenden Generationen nicht verbieten, Ungerechtigkeiten wahrzunehmen und auf Abhilfe zu sinnen. Wo wird eigentlich die Gerechtigkeit als Basis friedlichen Zusammenlebens so verhandelt, daß sie keine Utopie bleibt, sondern das Herz und den Magen satt macht? Wo sind eigentlich die deutschen Trainingslager, wo die Mitglieder der konfliktreichen Völker - die nicht einfach die Ungerechtigkeiten als unabwendbares Schicksal hinnehmen wollen - lernen können, ihre Rechte und Forderungen auf pazifistische Weise durchzusetzen?

- 8) Im elften Absatz wird darauf hingewiesen, daß der Antisemitismus nicht nur eine Gefahr für die jüdischen Mitbürger ist, sondern auch die Werte der Demokratie und die Menschenrechte in Frage stellt. Richtig! Die Frage, wer unsere Demokratie mehr gefährdet, die politische Klasse oder die Horden am rechten und linken Rand, will ich gar nicht versuchen zu beantworten. Soweit der Antisemitismus rationale Wurzeln hat, ist er sicherlich durch Aufklärung reduzierbar oder gar auflösbar. Der Antisemitismus ist aber zu einem Großteil ein Gefühl, daß sich aus Überlieferung und unverstandenen oder falschen Signalen nährt. Diese Gefühle kann man genausowenig wie eine Krankheit einfach durch Verbote und Sanktionen aus der Welt schaffen. Wenn der Antisemit seinen jüdischen Mitbürger in der Streikfront, in der Demonstration gegen das Atomlager, als Kollege am Arbeitsplatz, als zugänglichen Nachbarn oder auch als Mitglied im XYZ-Verein erlebt, dann schrumpft das antisemitische Gefühl von ganz alleine. Die besten Heilerfolge (ohne Anführungsstriche) würden wahrscheinlich erzielt, wenn man junge Menschen aus Palästina, Israel und Deutschland (mit den verschiedensten Hintergründen) ein halbes Jahr in die Situation der Workcamps oder Heimvolkshochschulen mit intensiver körperlicher Arbeit leben läßt. Es war nach dem letzten Weltkrieg die Methode des Internationalen Freundschaftsheims in Bückeberg, die Begegnung der ehemaligen Kriegsgegner zu ermöglichen und aus diesen Begegnungen Freundschaften wachsen zu lassen.
- 9) Im zwölften Absatz werden die Mythen und Klischees angesprochen. Die Ursachenforschung für ihre Entstehung darf aber nicht auf halbem Weg stehen bleiben und ist auch eine Sache der Juden selbst. Ich denke, jede Fixierung der Juden auf die Opferrolle stärkt die Mythen und Klischees, mit denen Juden gezeichnet werden.

10) Der empfohlene Maßnahmenkatalog unter römisch III. überzeugt mich nicht. Jüdisches Kulturleben muß sich aus der eigenen Kraft der Juden und der Förderung aus der Gesellschaft entwickeln. Viele Bildungs- und Kulturvereine von nichtjüdischen Bürgern müssen hart um ihre Existenz ringen. Wenn der Staat nun diesen Bürgern fiskalisch in die Tasche greift und das Erbeutete (die öffentlichen Abgaben haben schon enteignenden Charakter) den jüdischen Bürgern gibt, dann ist das keine Methode, die Sympathie für die Begünstigten weckt. (Im Bildungsbereich könnten diese Schwierigkeiten ausgeräumt werden, wenn die Bildung vom staatlichen Joch befreit würde und über individuelles Bildungsguthaben finanziert würde.) In Hannover soll ein Zentrum für jüdische Musik entstehen. Die Nachricht kitzelte meinen schwach ausgeprägten Lokalpatriotismus. Aber dann habe ich gedacht: Ein Zentrum für russische, türkische, afrikanische, spanische, irische oder indianische Musik und die der Zigeuner wäre doch auch angebracht. Hannover, die Weltstadt für Musik. Das wäre doch ein lohnendes Ziel. Nur davon wird wahrscheinlich nichts, weil alle Initiativen – wenn es welche gäbe – keine Chance hätten, vom deutschen Staat gefördert zu werden. Ja, und warum wird das Zentrum für jüdische Musik gefördert? Im Radio hörte ich eine Stimme, die ganz selbstverständlich vortrug, daß die Förderung des Zentrum für jüdische Musik von der Schuld der Deutschen abzuleiten sei. Ist das die Musik, die in Hannover gepflegt werden soll?

## Stenografischer Bericht zur 185. Sitzung des Deutschen Bundestages

(16/185)

Ich will nun ein paar Punkte aus den Redebeiträgen – die vor der Verabschiedung der Resolution gehalten wurden – aufgreifen.

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU) sagte u. a.:

... Doch leider, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist **Antisemitismus** kein abgeschlossenes Kapitel der deutschen Geschichte. Selbst in Deutschland hält sich bei vielen Menschen nach wie vor die fatale Bereitschaft, Verschwörungstheorien und Negativbilder zu pflegen. Noch heute werden in bestimmten Kreisen mit – in Anführungsstrichen – „den Juden“ Misstrauen und Vorbehalte verbunden. Das Bild der viel zu mächtigen Gruppe der Juden, wie man dort sagt, dieser Mythos hält sich zählebig, und zwar leider in allen Teilen der Gesellschaft.

Was mit dummen Vorurteilen und unreflektierten Klischeebildern beginnt, endet leider nicht selten in üblen antisemitischen Drohbriefen und Hetzreden. Es ist

bedauerlich, dass auch heute noch in Deutschland sämtliche jüdische Einrichtungen von der Polizei bewacht werden müssen. Nach Auskunft der Bundesregierung beläuft sich die Zahl der antisemitischen Straftaten in diesem Jahr auf circa 800. ...

Wie kann der Antisemitismus ein abgeschlossenes Kapitel sein, wenn er international eine Bestandsgröße ist und die (gut gemeinte) Politik der Bundesrepublik diese Negativhaltung eher gefördert als abgebaut hat? Verschwörungstheorien haben dann Konjunktur, wenn die Politik Vorgänge und Fakten geheim hält oder mehr verschleiert als aufklärt. Das Wort *Jude* wäre vermutlich noch mehr mit „Misstrauen und Vorbehalte verbunden“, wenn nicht durch „die Neoliberalen“ eine Entlastungsfigur entstanden wäre. So können auch viele MdBs ihren Frust verbalisieren, ohne gleich als jüdenfeindlich gebrandmarkt zu werden.

„Das Bild der viel zu mächtigen Gruppe der Juden, wie man dort sagt, dieser Mythos hält sich zählebig, und zwar leider in allen Teilen der Gesellschaft.“ Ein Mythos schafft man nicht dadurch aus der Welt, indem man ihn verurteilt. Die Verurteilung des Mythos stärkt den Mythos, weil die da unten denken: „Die da oben wollen doch nur den Sachverhalt verschleiern und mich für dumm verkaufen!“ Ich denke, vergleichende Statistiken über Armut, Reichtum, Berufschancen, Arbeitslosigkeit und andere relevante Vergleichsgrößen können zu einem realistischen Bild der Juden beitragen. Wenn mein Eindruck richtig ist, daß in der Zeit nach der NS-Katastrophe in der Politik und im öffentlich-rechtlichen Bereich der Status „Jude“ durchaus ein Türöffner war, so sollte man das auch zugeben und diese Zeit mit der Normalisierung des Verhältnisses zwischen Juden zu Nichtjuden als beendet betrachten. Der Einfluß einer Minderheit oder einer Sondergruppe von Menschen wird ja selten aufgrund der Summe der Einflüsse der einzelnen Mitglieder gemessen, sondern nach den herausragenden Personen oder Organisationen. Bei den Personen, die in hervorragender Weise auf dem Klavier *Kapitalismus* spielen konnten und können, sind die Juden vermutlich überproportional repräsentiert. Wenn sich das statistisch beweisen läßt, ist das an und für sich kein Grund für eine abfällige Einschätzung. Man kann doch niemandem verübeln, nach gültigen Spielregeln zu spielen. Das Problem beginnt mit der Erkenntnis, daß die kapitalistischen wirtschaftlichen Konzentrationen von Vermögen demokratische Systeme sprengen, weil diese auf eine Streuung von Vermögen und Einkommen (und damit der Einflußmöglichkeiten) in der Normalverteilungskurve für Fähigkeiten aufbaut. Außerdem ist es nun mal so, daß der Kapitalismus die Marktwirtschaft instabil macht und immer wieder Arbeitslosigkeit und Armut als ein Massenphänomen erzeugt – also die Voraussetzungen für die Ausgrenzung von Minderheiten schafft. Ich

habe noch keinen Buchtitel in der Hand gehabt, der den Nachweis versprach, daß jüdische erfolgreiche Kapitalisten ihr Kapital zum Schutze und der Wohlfahrt der Juden eingesetzt haben bzw. einsetzen. Norman G. Finkelstein beschreibt die Lage der Juden in den USA wie folgt:

Die Holocaust-Industrie speist sich auch aus inneren Quellen. Gängige Interpretationen verweisen auf das jüngste Auftreten einer »Politik der Identitätsbesinnung« auf der einen und der »Kultur der Übernahme von Opferrollen« auf der anderen Seite. In der Tat kann sich Identität auf eine bestimmte Geschichte von Unterdrückung gründen; entsprechend suchten Juden ihre eigene ethnische Identität im Holocaust zu finden.

Doch unter den Gruppen, die ihre Opferrolle beklagen, darunter Schwarze, Latinos, amerikanische Urein-  
-40

wohner, Frauen, Schwule und Lesben, sind allein die Juden in Amerikas Gesellschaft nicht benachteiligt. In Wahrheit haben die Politik der Identitätsbesinnung und DER HOLOCAUST sich unter amerikanischen Juden nicht wegen deren Opferstatus verbreiten können, sondern weil diese keine Opfer sind.

Als die antisemitischen Schranken nach dem Zweiten Weltkrieg schnell fielen, stiegen die Juden in den Vereinigten Staaten zu überragender Bedeutung auf. Lipset und Raab zufolge ist das Pro-Kopf-Einkommen der Juden fast doppelt so hoch wie das der Nichtjuden; sechzehn der vierzig reichsten Amerikaner sind Juden, 40 Prozent der amerikanischen Nobelpreisgewinner in den Natur- und Wirtschaftswissenschaften sind Juden, ebenso wie 20 Prozent der Professoren an den großen Universitäten und auch 40 Prozent der Partner in den führenden Anwaltskanzleien in New York und Washington. Die Liste läßt sich fortsetzen. .. Die jüdische Identität ist weit davon entfernt, dem Erfolg im Weg zu stehen - sie ist die Krone dieses Erfolges. So, wie viele Juden Israel auf Abstand hielten, solange es eine Belastung darstellte, und wieder zu Zionisten wurden, als es zu einem Wert wurde, hielten sie auch ihre ethnische Identität von sich fern, als sie eine Belastung war, und wurden erneut zu Juden, als das einen Wert darstellte.

Die weltliche Erfolgsstory der amerikanischen Juden bildete einen zentralen - vielleicht den einzigen - Glaubenssatz ihrer neu erworbenen Identität als Juden. Wer

konnte noch bestreiten, daß die Juden ein »auserwähltes« Volk waren. In *A Certain People: American Jews and Their Lives Today* schwärmt Charles Silberman -

- 41 -

auch er ein »wiedergeborener« Jude - in charakteristischer Manier: »Die Juden wären keine Menschen gewesen, hätten sie sich jeglicher Vorstellung von Überlegenheit enthalten«, und »für amerikanische Juden ist es außerordentlich schwer, das Gefühl von Überlegenheit ganz auszuschalten, wie sehr sie sich auch bemühen mögen, es zu unterdrücken«. Dem Romancier Philip Roth zufolge erbt ein jüdisches Kind »keine Gesetzessammlung, keine zusammengefaßte Überlieferung des Lernens und keine Sprache und letztlich keinen Herrgott..., sondern eine Art Psychologie - und diese Psychologie kann man in vier Worten zusammenfassen: >Juden sind etwas Besseres<«. .. Wie gleich zu sehen sein wird, war DER HOLOCAUST die negative Version ihres gepriesenen Erfolges: Er diente dazu, die jüdische Auserwähltheit zu bestätigen.

Aus:

Die Holocaust-Industrie

Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird

von Norman G. Finkelstein

5. Auflage 2001

Selbst den Beschluß des Bundestages zur Bekämpfung des Antisemitismus kann man als Ausdruck des Einflusses von jüdischen Organisationen verstehen, denn mir scheint die Resolution und die Redebeiträge sind mehr von der Überlegung diktiert, was jüdische Funktionäre von einem „guten“ deutschen Politiker erwarten, als von der Überlegung, wie alte Wunden der Täter und Opfer verheilen können. Die Maßnahmen, die in der Resolution vorgeschlagen werden, erinnern zudem stark an die der amerikanischen Politik, wie sie Finkelstein beschreibt:

### **Schlußbemerkung**

Mir bleibt nur noch, die Auswirkungen DES HOLOCAUST in den Vereinigten Staaten zu betrachten. Dabei möchte ich mich auch mit Peter Novicks kritischen Anmerkungen zu diesem Thema auseinandersetzen. Abgesehen von Holocaust-Gedenkstätten werden von immerhin siebzehn Bundesstaaten Holocaust-Lehrprogramme in den Schulen durchgeführt oder empfohlen; viele Colleges und Universitäten haben Lehrstühle für die weitere Erforschung des Holocaust eingerichtet. Es

vergeht kaum eine Woche, in der nicht ein mit dem Holocaust zusammenhängender Artikel in der New York Times erscheint. Nach vorsichtigen Schätzungen liegt die Zahl wissenschaftlicher Untersuchungen, die der »Endlösung« der Nazis gewidmet sind, bei über 10000. Man vergleiche dies mit der wissenschaftlichen Literatur zum Massensterben im Kongo. Im Zuge der Ausbeutung kongolesischer Elfenbein- und Kautschukvorräte kamen zwischen 1891 und 1911 an die 10 Millionen Afrikaner um. Doch das erste und einzige wissenschaftliche Werk über dieses Thema ist vor zwei Jahren erschienen.<sup>14</sup>

Angesichts der großen Zahl von Institutionen und  
145

Menschen, die professionell damit befaßt sind, sein Andenken zu bewahren, ist DER HOLOCAUST mittlerweile fest im amerikanischen Leben verwurzelt. Novick äußert jedoch Bedenken, ob das wirklich gut ist. Zunächst führt er zahlreiche Beispiele für dessen Absinken in Gewöhnlichkeit an. Es ist in der Tat gar nicht so einfach, auch nur ein einziges politisches Anliegen zu nennen - seien es nun die Aktionen *pro-life*, *pro-choice* oder auch die für die Rechte der Tiere oder der Bundesstaaten -, das nicht den Holocaust einbezogen hat. ...

Zu dem Satz von Uhl: „Nach Auskunft der Bundesregierung beläuft sich die Zahl der antisemitischen Straftaten in diesem Jahr auf circa 800.“ Jede Straftat ist betrüblich.<sup>15</sup> Wenn man aber mit Zahlen über Straftaten operiert, müssen zu deren Bewertung Verhältniszahlen mit geliefert werden. Einmal eine Relation zu den Gesamtstrafaten in unserer Gesellschaft, dann auch zu der Gesamtzahl der jüdischen Mitbürger. Dann ist die Aufschlüsselung wichtig: nach Vergehen gegen Personen, Sachen und solche wie Hakenkreuzschmierereien. Die Zahl der Straftaten in einer Gesellschaft hängt ja auch davon ab, wie eng oder weit der Freiraum und die Verbotszonen für die Bürger geschnitten wurden. Dann müßte man zur Beurteilung des Umfangs der Straftaten ja auch wissen, ob diese sich alle tatsächlich gegen Juden oder das Jüdische gerichtet waren oder ob jüdische Einrichtungen die genügend große Aufmerksamkeit erzeugen, um den Frust gegenüber der Gesellschaft und hier besonders gegen sein staatliches Gerüst abzubauen. Die hohe Anzahl der Straftaten gegen Juden und allgemein ist vor allem

14 Fußnote 1 zu Schlußbemerkung: Adam Hochschild, *King Leopold's Ghost* (Boston: 1998)

15 Im Redebeitrag von Christian Ahrendt heißt es: „Im Jahr 2007 wurden laut Verfassungsschutzbericht 1 541 Straftaten registriert, die antisemitisch motiviert waren.“

eine Anfrage an die Parlamente, was diese in der Vergangenheit falsch gemacht haben. Der besondere Schutz für jüdische Einrichtungen hat auch noch einen zwiespältigen Nebeneffekt, wie der Personenschutz bei Politikern. Was oder wer nicht geschützt werden braucht, hat den Status des Gewöhnlichen. Die Person oder Sache mit besonderem Schutz erfährt eine höhere Bedeutung und Aufmerksamkeit. Wenn Synagogen erst das Schicksal der Nichtbeachtung vieler Kirchen erfahren, wird man sich vielleicht wehmütig an die „Schutzzeiten“ zurück erinnern.

Christian Ahrendt führte unter anderem aus:

Erschreckend ist aber auch, dass die **antisemitische Einstellung** nicht nur bei den Ewiggestrigen vorkommt und nicht nur bei extremistischen Parteien anzutreffen ist, sondern dass sie auch einen Resonanzboden in der **Mitte der Gesellschaft** hat. Wir müssen uns in diesem Zusammenhang die Frage stellen: Was müssen wir heute unter Antisemitismus verstehen? Das Spektrum von Antworten, die hier gegeben werden, ist recht vielfältig. Eine Erklärung gibt Professor Werner Bergmann vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin – ich zitiere –:

>Es handelt sich beim Antisemitismus ... nicht bloß um Xenophobie oder um ein religiöses und soziales Vorurteil, das es gegenüber Juden auch gibt, sondern um ein spezifisches Phänomen: eine antimoderne Weltanschauung, die in der Existenz der Juden die Ursache sozialer, politischer, religiöser und kultureller Probleme sieht. Entsprechend wurden und werden bestimmte moderne politische Strömungen und Ordnungen ... oder wirtschaftliche Entwicklungen ... als Erfindungen jüdischen Geistes betrachtet, die den anderen Nationen als etwas Fremdes aufgezwungen werden.<

Wenn man sich diesen Erklärungsversuch vergegenwärtigt und ihn mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit verknüpft, wird eines deutlich: Wir können Antisemitismus nicht allein mit einer Ausrichtung an zwölf Jahren schrecklicher deutscher Geschichte bekämpfen. Wir brauchen neue und vor allen Dingen moderne **Bildungskonzepte**, um uns mit dem Vorurteil, dass Antisemitismus zeitlich nur auf die Jahre von 1933 bis 1945 fixiert werden kann, auseinanderzusetzen.

Wir dürfen uns auch nicht dem Irrglauben hingeben, dass die Mahnung an unsere jüngere Geschichte bereits genug ist, um Antisemitismus erfolgreich zu bekämpfen. Wer so argumentiert und es beim ausschließlich historischen Bildungsansatz bewenden lassen möchte, macht es sich am Ende zu einfach.

Dieser Ansatz erscheint mir realistisch. Ich finde ihn nur nicht in der beschlossenen Resolution. Und die modernen Bildungskonzepte dürften nicht wieder in einen Versuch der Umerziehung münden, sondern müßten den Menschen der Jetztzeit die besondere Situation der Juden und Nichtjuden erschließen, in denen der Antisemitismus virulent und gewalttätig wurde.

Wenn der Antisemitismus neben dem Unbehagen an dem Agieren jüdischer Organisation und neben der Ichbezogenheit israelitischer Politik ein Protest an unseren gesellschaftlichen Zuständen ist, dann nützen auch Verbote von rechtradikalen Organisationen und Parteien nichts, weil diese doch gar die Mitte der Gesellschaft erreichen. (Außerdem: Eine Gesellschaft, die die Freiheit mit Parteiverboten schützen will, hat diese Freiheit noch gar nicht oder sie hat sie schon verloren.)

In dem Zitat von Werner Bergmann gefällt mir der Begriff *antimoderne Weltanschauung* nicht, weil nicht das gesellschaftlich Moderne auf Widerstand stößt, sondern das Unsichere, Undurchschaubare, Fremdbestimmte, Unverständene. Mit anderen Worten, die Ergebnisse der heutigen Politik produziert das Unbehagen, daß im Antisemitismus ein Ventil sucht. Wenn jüdische Mitbürger oder jüdische Zeitgenossen aus anderen Ländern in Deutschland eine moderne Gesellschaft mit Vollbeschäftigung mit Leistungsgerechtigkeit und Gestaltungsfreiheit, also mit Wohlstand (ein Stand, in dem man sich wohl fühlt) schaffen würden, dann würde man sie lieben und ohne Neid auf den Sockel des Außergewöhnlichen stellen. Da zur Zeit aber solche Juden nicht in Sicht sind, wird es Zeit, daß die Parlamentarier dem Volk erklären, daß sie selbst die Gesellschaft versaubeuteln und eben nicht die Juden. Das wäre ein Beitrag, der nicht einmal Geld kosten würde.

Petrau Pau (Die Linke) sagte:

Aktuelle empirische Untersuchungen belegen, dass 25 Prozent der Bevölkerung latent antisemitisch eingestellt sind; im Westen der Bundesrepublik übrigens mehr als im Osten.

Mich würde es trotz der Zustimmung zu der Resolution wundern, wenn das unter den Parlamentariern wesentlich anders wäre. Hier darf diese Neigung aber bei Strafe der Beendigung der Politikerkarriere nicht gezeigt werden.

Gert Weisskirchen (SPD) führte aus:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!  
Liebe Frau Kollegin von der Unionsfraktion,

ja, Antisemitismus gibt es in vielen Ländern dieser Erde, aber für uns Deutsche ist es noch einmal etwas anderes.

Denn wir wissen: Der Antisemitismus kommt wie der Dieb in der Nacht, und wenn er da ist, dann greift er von innen an. Wir haben in der Weimarer Republik erlebt, wohin das führt. Es führt zum Mord an der Demokratie, und es führt dazu, dass Menschen ausgerottet werden. Das ist es, was Antisemitismus für uns Deutsche bedeutet. Deswegen darf es für uns nicht darum gehen, zu verharmlosen, zu beschönigen, gar davonzulaufen oder mit dem Finger auf andere zu zeigen; denn immer wenn man mit einem Finger auf andere zeigt, weisen drei Finger auf einen selbst zurück.

Der 9. November 1938, als die vielen Synagogen – es waren wohl 1 500 an der Zahl – in Flammen aufgegangen sind und viele Hunderte von Juden erschlagen, ermordet worden sind, war der Vorschein dessen, was sich im Holocaust zeigte: die industrielle Ermordung von Menschen. Ihnen wurde das Recht genommen, Rechte zu haben, wie Hannah Arendt es ausgedrückt hat. Das war der Vorschein dessen, was damals am 9. November in vielen Städten Deutschlands geschah.

Dieser Vorschein hat dazu geführt, dass bis zum Ende aller Zeit, dass bis an das Ende aller Tage der Name Holocaust in den Namen Deutschlands eingebrannt bleibt, ich wiederhole: eingebrannt bleibt. Weil das so ist, müssen wir – ich bin der Frau Bundeskanzlerin dafür dankbar, dass sie das vor der Knesset so gesagt hat – anerkennen, dass die unverbrüchliche Zustimmung zum Existenzrecht Israels unsere eigene Staatsräson ist.

Das ist ein Satz, der in die Geschichte gemeißelt ist und der für uns Aufruf bleibt, auch für immer und für alle Zeit. ...

Ich verweise zum Beispiel auf Hermann Cohen, ... Er hat uns deutlich gemacht, dass es in jener Zeit andere Wege aus der Krise des internationalen Finanzkapitals geben konnte. ...

Nein, der Antisemitismus ist für die Deutschen nichts anderes als für Mitglieder anderer Nationen. Pogrome – ob antisemitisch oder nicht – gibt es immer in gesellschaftlichen Notsituationen. Was das besondere an der deutschen Verfolgung und Vernichtung von Juden und anderen Minderheiten ausmacht, ist der Fortschritt in der gesellschaftlichen Organisation - die auch im Negativen ihren Effekt zeigt - und die blinde Dankbarkeit gegenüber Hitler, der die Deutschen aus einer bedrückenden ökonomischen Not befreit hat, in der die Demokraten sie hinein manövriert hatten.

Wenn die Weimarer Republik eine hohe Zeit des Judentums war (Nahum Goldmann) , dann kann der auch in Deutschland vorhandene Antisemitismus nicht die Ursache für den Aufstieg der NSDAP gewesen sein. Das Bild vom Antisemitismus als Dieb in der Nacht stimmt so

nicht. Es ist viel mehr so, daß die Vorurteile <sup>16</sup>, die in der Gefühlsebene der Menschen verankert sind, zur Herrschaft gelangen, wenn mit rationalen Mitteln die vorhandene Not nicht erklärt werden kann und auch von den „Leittieren“, also von denen, die sich die Führungspositionen in der Politik, Wissenschaft und Wirtschaft errungen haben, keine Signale der Hoffnung mehr kommen.

Natürlich hat es vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten ökonomische Konzepte gegeben, die die Zerstörung der Gesellschaft durch – in der Wirkung – verbrecherische Wirtschaftspolitik vermieden hätten. <sup>17</sup> Aber die Kräfte, die die Alternativen offerierten kamen nicht gegen die falschen Leitbilder (Ideologien) der herrschenden Parteien an. Die SPD hat die Wortmeldung der Reformer unterbunden und sie aus der Partei ausgeschlossen. Insofern ist es richtig, wenn gesagt wird, daß die SPD ihre späteren Peiniger selber herangezüchtet hat. Sicher: Ein Volk ist auch immer für sein Führungspersonal verantwortlich. Aber dem Volk kann man nicht einfach das Versagen des Führungspersonals anhängen. Im übrigen unterscheidet sich die Haltung des politischen Führungspersonals von heute nicht wesentlich von jenem der Weimarer Republik. Es ist nicht in der Lage, Außenseiterempfehlungen auf ihren rationalen Kern hin zu überprüfen. Mein Eindruck: Lieber die Republik zu Grunde gehen lassen, als einzuräumen, daß man jahrzehntelang nach einem falschen Fahrplan gefahren ist. Wir können von Glück sagen, daß die Wirkungen diesmal (noch) nicht so schrecklich sind.

„... dass bis zum Ende aller Zeit, dass bis an das Ende aller Tage der Name Holocaust in den Namen Deutschlands eingebrannt bleibt, ich wiederhole: eingebrannt bleibt.“  
Ich kann schon nachempfinden, was mit so einem Satz gemeint ist. Ich halte ihn trotzdem für eine politische Dummheit. Wenn wir Glück haben, wird man später sagen, daß sich Politiker - durch die Zwänge der Zeitgeschichte verführt - in der Wortwahl vergriffen haben. Wahrscheinlicher ist, daß der Antisemitismus dadurch quantitativ verstärkt und emotional vertieft wird, weil die empfundene Ungerechtigkeit ein Ventil sucht. Schon die Generation, die in die Hitlerzeit hineingeboren wurde und erst recht, die danach das Licht der Welt erblickte, kann jede Verantwortung und Haftung für die Schandtaten, die in der Eltern- und Großelterngeneration verübt

---

16 Es ist eine Illusion, Vorurteile ganz abbauen zu können. Der Mensch ist – um Handlungssicherheit zu erlangen - aufgrund seines begrenzten Wissens für sein Urteilen und Handeln auf Vorurteile angewiesen. Wir können also nur Vorurteile austauschen und lernen, sie zu revidieren und Situationen zu vermeiden, in denen sie destruktive Wirkungen erzeugen.

17 Die Vorgänge sind wissenschaftlich viel zu wenig aufgearbeitet worden zu Gunsten von Thesen, die die Deutschen in düsteren Farben zeichnen.

wurden ausschließen. Diese deutschen Generationen sind genau so viel Opfer der Geschichte wie die Juden der gleichen Generationen, die heute unter uns, in aller Welt und in Israel leben. Auch der Holocaust wird sich mit der Zeit in die Reihe der Scheußlichkeiten einreihen, die Menschen den Menschen angetan haben. Es ist der Bekämpfung des Antisemitismus abträglich, daß der Eindruck entstanden ist, daß dieser allgemeine Prozeß von jüdischen Organisationen und von Israel aus politischen und geschäftlichen Gründen verzögert und damit eine Normalisierung der Verhältnisse verhindert wird. Die empfindlichen Reaktionen auf den Gebrauch des Wortes *Pogrom* muten mir so an, als wie die gerichtliche Verfolgung von Unternehmensgründern, die mit ihren Firmennamen auch nur in die Nähe der Firmennamen etablierter Unternehmen kommen. Jüdische Organisationen verteidigen hier nach meiner Ansicht ein Monopol und erst danach vielleicht das Andenken an die Opfer. Jede Generation benötigt die Hauptenergie, die ihr zur Lebensbewältigung zur Verfügung steht, für ihre Gegenwart. Wenn 10 Prozent für die Zukunftsplanung und 15 Prozent für die geschichtliche Rückschau (und hier nicht nur auf die Grausamkeiten) übrig bleiben, ist das schon viel.

Thomas Jefferson (1743 – 1826), Verfasser der Unabhängigkeitserklärung der USA und ihr 3. Präsident schreibt zur politischen Macht der Toten über die Lebenden:

> Dennoch schärfen uns unsere Juristen und Doktoren diese Doktrin ein und unterstellen, daß die vorhergegangenen Geschlechterfolgen den Erdkreis mit größerer Freiheit besaßen als wir; daß sie ein Recht hatten, uns Gesetze aufzuerlegen, die wir nicht ändern dürfen, und daß wir in gleicher Weise den kommenden Generationen Gesetze und Belastungen aufherrschen dürfen, die diese nicht sollen ändern dürfen; kurzum, daß die Erde den Toten gehört, nicht den Lebenden. <<sup>18</sup>

„ ... die unverbrüchliche Zustimmung zum Existenzrecht Israels (ist) unsere eigene Staatsräson ist.“ Daß *Staatsräson* keine Willensbildungs- und Entscheidungsebene in der Demokratie ist, habe ich ja schon gesagt. Auch wenn wir allen Grund haben, die Israelis zu stützen, so kann *unverbrüchlich* nicht *bedingungslos* heißen, denn bei allem Wohlwollen ist unser eigener Wertekanon zu beachten und wir können auch nicht die Palästinenser um des Wohlwollens der Juden in aller Welt dieser Doktrin opfern.

---

18 Quelle: Siehe Anhang 4 Text 66.5

Und wenn Israel die Ursache für einen neuen Weltenbrand wird, können wir nicht blind Partei ergreifen, sondern müssen deeskalierend wirken und das kann beinhalten, daß wir uns in der einen oder anderen Frage auch gegen Israel stemmen müssen.

Eine Politik gegenüber den Juden, wie sie in der Resolution zum Antisemitismus zum Ausdruck kommt, bringt den Juden augenblickliche Vorteile, aber langfristig keine Zuneigung von Seiten der Nichtjuden und auch keine Sicherheit. Wichtig wäre zu zeigen, daß die ökonomischen Fehlentwicklungen in der Vergangenheit und Gegenwart wenig oder nichts mit den Juden zu tun haben. Dies wirkt glaubwürdiger, wenn man zu gibt, daß der israelische Staat kein Tugendbold ist und es eine kleine Minderheit von Juden gibt, die hervorragend den Kapitalismus für sich zu nutzen wissen. Daß sie, die Juden, ein von Gott ausgewähltes Volk sind, dürfen sie das gerne im religiösen Sinn glauben. Wenn sie aber meinen, daß sie aus diesem Glauben und aus ihrer Opferrolle in der Geschichte Vorrechte gegenüber Nichtjuden ableiten können, schaden sie sich selber, denn das Gerechtigkeitsempfinden der Nichtjuden wird das mit Antisemitismus honorieren.

Die deutschen Politiker sollten ihr Ohr mehr der Jüdischen Opposition (in aller Welt) leihen, denn die gibt es ja tatsächlich. Ich weiß, das fällt ihnen schwer, weil dann ihr eigenes Bild von Israel und den Juden allgemein ins Wanken gerät. Die deutsche Politik fördert anscheinend lieber Israelis, die nach unseren Maßstäben zum rechtsextremen Spektrum gehören als solche, die eine Aussöhnung mit den Palästinensern suchen. Anfang der 70er Jahre hatte ich brieflichen Kontakt zu Joseph W. Abileah von der Gesellschaft für Nah-Ost-Konföderation. Diese Gesellschaft strebte einen föderativen Staat aus Israelis, Palästinensern und Jordaniern an, nicht nur um Frieden zu ermöglichen, sondern um einen auf Dauer lebensfähigen Staat zu entwickeln. Ich habe nie gehört, daß sich deutsche Politiker dafür interessiert hätten oder daß diese Gesellschaft finanziell vom Bund gefördert wurde. Oder nehmen wir Uri Avneri, er vertritt seit 1948 die Idee des israelisch-palästinensischen Friedens und die Koexistenz zweier Staaten: des Staates Israel und des Staates Palästina, mit Jerusalem als gemeinsamer Hauptstadt. Er wurde am 10. September 1923, Beckum, Westfalen (als Helmut Ostermann)

geboren. Er hat in Deutschland schon viele Auszeichnungen erhalten, aber ich habe noch nie gehört, daß der Bundestag oder die Bundesregierung ihm ein angemessenes Forum geboten hat, wo er seine Ideen vortragen konnte.

Ich schließe meine Darlegungen mit zwei Zitaten von Norman G. Finkelstein aus dem bereits benannten Buch *Die Holocaust-Industrie*. Zuerst aus der Einführung:

Wir sollten die Integrität der historischen Überlieferung bewahren, ja, für sie kämpfen. Wie ich auf den letzten Seiten dieses Buches vorschlage, können wir durch das Studium der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis nicht nur etwas über »die Deutschen« oder »die Nichtjuden« erfahren, sondern über uns alle. Wenn wir jedoch wirklich etwas aus der Massenvernichtung der Juden lernen wollen, so muß, wie ich glaube, deren physische Dimension verkleinert und die moralische Dimension vergrößert werden. Zu viele öffentliche und private Mittel sind für das Gedenken an den Völkermord der Nazis eingesetzt worden. Was dabei herauskommt, ist zumeist wertlos; es ist nicht dem Leiden der Juden gewidmet, sondern dient ihrer Erhöhung. Es ist schon seit langer Zeit überfällig, daß wir unser Herz für das Leiden der übrigen Menschheit öffnen. Das war die wichtigste Lektion, die mir meine Mutter auf den Weg gab. Niemals hörte ich sie sagen: Du sollst nicht vergleichen. Meine Mutter stellte immer Vergleiche an. Zweifellos muß man historische Unterschiede machen. Doch wenn man moralisch zwischen »unseren« und den Leiden »jener« unterscheidet, ist das selbst eine moralische Farce. »Man kann zwei Menschen im Elend nicht vergleichen«, erklärte Plato, »und behaupten, der eine sei glücklicher als der andere.« Angesichts der Leiden der Afro-Amerikaner, Vietnamesen und Palästinenser lautete das Credo meiner Mutter stets: Wir sind alle Holocaust-Opfer.  
New York, April 2000 / Norman G. Finkelstein (S. 15)

Und aus dem Kapitel „Statt eines Nachwortes“ ein Auszug aus dem Gespräch zwischen Norman Finkelstein und Thomas Spang:

*Sie lehnen die These ab, daß der Holocaust ein singuläres Ereignis in der Geschichte ist. Mit dieser Idee haben Sie nicht nur das jüdische Establishment in den USA herausgefordert, sondern sich auch in Opposition zu den Historikern in Deutschland gebracht.*

Soviel vorneweg: Der Gedanke, der Nazi-Holocaust sei beispiellos, nicht übertragbar, unverbunden mit dem Rest der Geschichte, ist keine wissenschaftliche These. Das ist purer Chauvinismus. Wenn Sie von Anfang an sagen, ganz von Beginn, Sie könnten nicht vergleichen oder Vergleiche seien eine Form von Holocaust-Leugnung, gut, dann sprechen wir nicht mehr über Geschichte. Wir sprechen dann über Religion oder Chauvinismus oder ethnischen Chauvinismus. Soviel zur jüdischen Seite. Auf der deutschen Seite kann ich das Bemühen der deutschen Historiker respektieren, die Singularität des Nazi-Holocaust zu verteidigen. Ich verstehe das und sehe etwas Ehrenwertes darin. Sie möchten die Verbrechen des Nazi-Regimes in keiner Weise kleiner machen. Dennoch möchte ich zwei Einfügungen machen. Punkt eins: Sie haben kein Recht, die Behinderten und Zigeuner zu vergessen. Punkt zwei: Ich glaube, daß ab einem bestimmten Punkt die deutsche Betonung der Einzigartigkeit des Holocaust eine umgekehrte Form von Chauvinismus wird, ungefähr von der Art: Wir haben die schlimmsten Verbrechen begangen. In dem mißlungenen Buch von Daniel Goldhagen gab es einen Teil, bei dem ich mit ihm über-

177

einstimmte. Er sagte: Philosemiten sind Antisemiten im Schafspelz. Dem kann ich aus ganzem Herzen zustimmen. Ich mag keine Philosemiten, ich mag keine Antisemiten. Ich möchte, daß mich die Leute wie einen normalen Menschen behandeln. Mich beschleicht in letzter Zeit das Gefühl, daß einige dieser politisch korrekten Historiker, die auf der absoluten Einmaligkeit des Nazi-Holocaust insistieren, einer Familie von Philosemiten angehören. Und das ist eine Art von umgekehrtem Chauvinismus, den ich nicht mag. Ich glaube zum Beispiel, daß der im Zwangsarbeiter-Abkommen vereinbarte 350 Millionen Dollar schwere Zukunftsfonds zur Erforschung und Vermittlung des Holocaust, auf dem die Jewish Claims Conference sitzt, nur Mittel für Leute bereitstellt, die politisch korrekte Sachen über den Holocaust sagen. Ich bin mir sicher, daß ich die Absage am nächsten Tag in der Post liegen hätte, würde ich mich für Mittel aus dem Fonds bewerben. Und ich glaube - das sage ich in voller Verantwortung -, daß einige deutsche Angriffe auf mein Buch und die Verteidigung der Jewish Claims Conference aus reinen

Geldgründen erfolgten.

*Sie sind nicht der erste jüdische Intellektuelle, der die verbreitete, nennen wir sie einmal essentialistische Theorie über den Holocaust in Frage stellt. Vor Ihnen hat das bereits Peter Novick getan, der den Einfluß auf die jüdische Politik in den USA und Israel untersucht hat. War Ihr Buch also eher als Beitrag zur innerjüdischen Debatte geplant?*

Mein Buch habe ich genau dafür geschrieben, was ich  
178

in meinem Dankwort gesagt habe: Ich unternehme einen entschlossenen Vorstoß, das Vermächtnis meiner Eltern sorgfältig wiederherzustellen. Darum geht es in meinem Buch. Außerdem ist mein Buch dafür bestimmt und geschaffen, eine öffentliche Diskussion in Gang zu setzen, über viele Dinge, die privat und leise gesagt werden, eine offene und freie Debatte über etwas zu legitimieren, das, ganz offen gesagt, außer Kontrolle geraten ist.

Ich hoffe, daß ich trotz der vorgetragenen Kritik mein Wohlwollen gegenüber den Juden zum Ausdruck gebracht habe. Für den Fall, daß das nicht so recht gelungen ist, nehme ich Theodor Heuss, den ersten Bundespräsidenten der BRD in Anspruch. Er sagte am 7. Dezember 1949 in einer Feierstunde der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit u.a.:

Lassen Sie mich ein persönliches Wort zu dem jüdisch-deutschen und jüdisch-christlichen Problem aus meinen eigenen Erfahrungen heraus sprechen. Wenn ich an die vier oder fünf nächsten Freunde in meinem Leben denke, die mich begleitet und mein Leben mit aufgebaut haben, so waren zwei oder drei davon Juden.

War ich mit ihnen befreundet, weil sie oder trotzdem sie Juden waren? Ich war mit ihnen befreundet, weil der Funke der menschlichen Liebe zwischen uns sprang. Es hat auch Juden gegeben, denen ich in einem schlichten Bogen ausgewichen bin; aber nicht, weil sie Juden waren, sondern weil sie mir nicht lagen. Ich weiche auch heute noch manchen Leuten aus, die – sagen wir es in diesem Falle – „Arier“ sind. . . .

Warum sage ich das? Ich sage es deshalb, weil wir, auch wenn wir vor einem allgemeinen Problem stehen, dies begreifen müssen: daß wir aus den globalen Wertungen des Menschen herauskommen müssen. Wir dürfen nicht immer sagen: Er ist ein Franzose – also; er ist ein Engländer – also; er ist ein Deutscher – also; er ist ein Jude – also. Nein, so geht es nicht. Wir müssen im Verhältnis Mensch zu Mensch eine freie Bewertung des Menschentums zurückgewinnen. . . .

(Aus: Die Juden und wir / Schriftreihe Wissen und Verantwortung,  
Herausgeber: Arbeitskreis für angewandte Anthropologie, Göttingen 2. Auflage 1960)

*Tristan Abromeit*